

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Iseli/Roland Jakob): Stadtgespräche mit der Reithalle: Draussen vor der Tür?

Vertreter der Stadt führen seit Jahrzehnten Stadtgespräche mit der Reithalle Bern. Die Resultate sind leider ernüchternd. Die Interpellanten befürchten aufgrund früherer Erfahrungen, dass auch die künftigen geplanten Gespräche unergiebig sein werden.

Die Interpellanten ersuchen den Gemeinderat zusammen mit der Polizei deshalb höflich darum, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Nahmen auch Vertreter der Polizei an den Stadtgesprächen mit der Reithalle teil?
2. Waren die Vertreter der Polizei während der ganzen Zeit an den Sitzungen anwesend Wenn Nein, warum nicht?
3. Gibt es Teilnehmer, die den Ausschluss anderer Gruppen verlangen?
 - 3.1. Wenn Ja, wer verlangt den Ausschluss? Warum?
 - 3.2. Was waren die Konsequenzen?
 - 3.3. Was für Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus für die Leistungsverträge mit der Reithalle?

Begründung der Dringlichkeit

Die offenen Fragen sollen noch vor dem anstehenden Abschluss der Leistungsverträge mit der Reithalle geklärt werden. Es gilt bei den künftigen Leistungsverträgen sicher zu stellen, dass die Gespräche konstruktiv verlaufen und nicht ein wichtiger Teilnehmer (z.B. die Polizei) ausgeschlossen wird.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 26. März 2015

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Iseli, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Erich Hess, Henri-Charles Beuchat, Hans Ulrich Gränicher

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1 und 2:

Soweit die für die Gesprächsleitung zuständige Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie zurückblicken kann, waren die Vertreter der Kantonspolizei an den jeweiligen ordentlichen Stadtgesprächen zeitlich umfassend anwesend. Das Gespräch vom 12. Januar 2015 zum Thema „Vorplatzgestaltung“ fand auf Wunsch der IKuR unter Ausschluss der Kantonspolizei statt. Die IKuR erklärte mit E-Mail vom 21. April 2014 ihre Bereitschaft für die Teilnahme an Gesprächen zur Vorplatzgestaltung unter der Bedingung, dass die Polizei nicht teilnimmt.

Zu Frage 3:

Nachdem der Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie auf Beginn 2013 die Funktion der Koordinationsperson gemäss Artikel 15 der Vereinbarung über die Organisation, Kommunikation und Sicherheit vom 20. September 2012 übernahm, wurde dieser von der IKuR abgelehnt. Auch die Teilnahme des Regierungsstatthalters Bern-Mittelland an den Gesprächen wurde seitens der IKuR abgelehnt. Der Gemeinderat hielt an der von ihm bestimmten Koordinationsperson sowie an der Teilnahme des Regierungsstatthalters fest. Obschon PINTO nicht an den Gesprächen teilnimmt, wird diese Institution seitens der IKuR abgelehnt. Eine Anwesenheit von PINTO auf dem Vorplatz ist aus Sicht IKuR nicht erwünscht. Auch diesbezüglich hat der Gemeinderat klargestellt, dass PINTO ihren Auftrag im ganzen Stadtgebiet wahrnimmt.

Die aktuellen Problembereiche sind durch den geltenden Leistungsvertrag und die Vereinbarung rechtlich kaum fassbar. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, im neuen Leistungsvertrag juristisch griffige Instrumente zu integrieren.

Bern, 24. Juni 2015

Der Gemeinderat